

Leipziger Zeitung.

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
jeweiliger Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3 M., monatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., auswärts Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Postämtern angenommen.
Nr. 6633 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Karl Scharrer in Halle.

(Erscheinung: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Anzeigen

werden die Spaltenzeit oder deren
Raum mit 30 Blg., solche aus Halle mit
20 Blg., berechnet und in der Expedi-
tion, von unten Annahmestellen und alle
Anzeigen-Expositionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erhöhter wöchentlich 10 Pfennig,
Sonntags und Montags einmal,
sonst je einmal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Nr. 517.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 3. November

1900.

Verschiedene Gesichtsauffassung.

In Hildesheim, wo er an der Einweihung eines Kaiser
Wilhelm-Denkmal teilnahm, hat kürzlich der Kaiser von
neuem die Verdienste seines Großvaters Wilhelm's I. um die
Reichsgründung in derselben Weise gepriesen, wie er das auch
früher schon wiederholt getan hat. Nach dem offiziellen
Bericht äußerte er bekanntlich: „Zu tiefem Danke aber bin ich
vor allen Dingen Ihnen gegenüber verpflichtet, daß Sie
dieses herrliche Denkmal dem großen Kaiser gesetzt haben.
Er hat das Schöne, das jahrhundertlang durch die geris-
senen deutschen Lande ging, wachgerufen, und es ist ihm
verdünkt worden, das Deutsche Reich zu schmücken und
wiederzuerstehen, zuerst in still verborgener Arbeit, hernach
aber als Gottes erwähltes Werkzeug, als ob er sich
immer angesehen hat.“ Es ist früher bereits hervorgehoben
worden, daß Kaiser Wilhelm I. vor der Geschichte nicht als
der eigentliche Schöpfer und Wiederhersteller des Reiches gelten
kann. Er hat von vornherein nicht den Willen gehabt, das
„Schöne, das jahrhundertlang durch die gerissenen deutschen
Lande ging,“ durch die Gründung eines neuen Reiches wahr-
zunehmen, seine Arbeit war vielmehr in erster Reihe auf die
Festigung des preussischen Königtums und die Stärkung
der materiellen Machtmittel der preussischen Monarchie gerichtet.
In dieser Richtung hat er allerdings in „still verborgener
Arbeit“ Großes geleistet, dem Reichsgedanken aber ist Kaiser
Wilhelm eigentlich nur widerwillig, gedrängt durch die Um-
stände und seinen großen Nachfolger, den Fürsten Bismarck,
nieder getreten.

Es ist übrigens angefallen, daß der Wortlaut der feierlichen
Rede in Hildesheim erst so spät veröffentlicht worden ist. Wie
sich jetzt herausstellt, hat das seine Ursache darin, daß dem
Vertreter der Presse, der im Hildesheimer Rathssaal an-
wesend war, zur Pflicht gemacht worden war, den Wortlaut
der feierlichen Rede nicht eher zu veröffentlichen, als bis der-
selbe die Sanction des Geh. Cabinetsrats v. Lucanus, der sich
im Gefolge des Kaisers befand, gefunden hatte. Der Hofbericht-
erstatter nahm die Rede an und legte sie mit Herrn
v. Lucanus in Verbindung; da aber die Erledigung des sehr
reichhaltigen Besuchsprogramms und die Abfahrt des Kaiser-
paars drängte, war es Herrn v. Lucanus nicht mehr möglich,
die Rede einer Durchsicht zu unterziehen. Er fuhr mit der-
selben im feierlichen Sonderzuge nach Weingerode und ließ
den Hofberichterstatter ohne rechtzeitige Rede in Hildesheim zurück.
Die zahlreichen Vertreter der Presse, die natürlich mit bester
Spannung dem Wortlaut der feierlichen Rede entgegenzogen,
mußten sich infolgedessen mit kurzen Notizen über dieselbe
begnügen, bis die Veröffentlichung des offiziellen Wortlautes
erfolgte.

Bei dem Festspiel in Hildesheim hat dann später Minister
Dr. v. Miquel eine begeisterte Lobrede auf den Kaiser und
seinen Ahnherrn Wilhelm I. gehalten. Herr v. Miquel warnte
jedoch allerdings die Bezeichnung „der Große“ nicht an,
sondern sprach von Kaiser Wilhelm I. „Dieser habe alle
Hoffnungen verwirklicht, welche nach 1866 auf ihn gelegt worden
sind und das neue Deutsche Reich zu einer Macht ersten
Ranges aufgebaut. Der Einzel habe Deutschland über die
Meere hinausgeführt zu einer Stellung als Weltmacht.
Deutschland könne sich nicht mehr darauf beschränken, eine
kontinentale Macht zu sein.“ Dene einen bei feierlichen
Anlässen ausgebrachten Preispruch, der von Lebenswichtig-
keiten sich lösen frei fallen wird, auf die Gelobung legen zu
wollen, muß doch betont werden, daß die überzeitlichen Pande-
bezeichnungen Deutschlands weit älter sind als die Welt-
mächte Staatsmännische Wirklichkeit, daß aber die Welt-
machtstellung von heute nur also leicht die Machtstellung des
Reiches wie die wirtschaftliche Betätigung Deutschlands über
den Ocean gestärkt hat.

Eine von der vorstehend skizzierten Gesichtsauffassung nun
wesentlich abweichende Meinung hat kürzlich Westlaus berühmter
Wittnberger Professor Dr. Felix Dahn in einer Vorlesung
über preussisches Staatsrecht ausgesprochen. Nach dem Bericht
Breslauer Zeitungen führte er dabei folgenden Gedankengang
genauer an: „Hervorragende Herrscher waren der Große
Kurfürst, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große.
Sein Nachfolger war ein schlechter Regent. Friedrich Wil-
helm III., der mit Gewalt in den Freiheitskrieg verwickelt
worden mußte, war wahrlich kein hervorragender Herrscher.
Friedrich Wilhelm IV. war ein geistvoller, für Kunst und
Wissenschaft begabter Mann, aber das Gegenstück von einem
großen Staatsmann. Nur mit höchster Pietät kann man den
letzten Namen des schwierigen Verhältnisses, Wilhelm's I.,
nennen, der mit der höchsten menschlichen Tugend und Ver-
zügen ausgestattet war. Aber der Name „der Große“
würde ich ihm nicht beilegen. Denn bekanntlich sind seine
großen Taten und Gedanken nicht von ihm in ausgegangen,
sondern von Bismarck, der durchaus nicht bloß Hofschleier
und Handlanger war... Die Geschichte der Hohenzollern
braucht den widerlichen Byzantinismus nicht.“
Wir stellen diese drei Auffassungen untereinander und über-
lassen es uneren Lesern, die sich aus den darin enthaltenen
Wichtigen ergebenden Schlusfolgerungen zu ziehen.

Deutsches Reich.

Interessante Reminiszenzen

aus der Vergangenheit erzählt die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Er-
wähnung auf die bekannten Einkünfte des Herrn Bismarck auf
Einkünften, mit denen der Nachweis geführt wird, daß das
Reichsamt des Innen- und des Herrn Bismarck ver-
zinsende Centralverband der deutschen Industrieellen
seit 1896 schon in recht kurzer Verbindung mit einander

leben und die der 12,000 Mark-Affäre einen keineswegs un-
interessanten Hintergrund verleihen. Das genannte Blatt weist
darauf hin,

daß in einem allerdings bis jetzt noch nicht veröffentlichten
Brief vom 1. Juli an den Fürsten von dem Herrn General-
direktor Bredt beiderseitigen Directoriums des Centralverbandes,
welcher zu einem bestimmten Zweck an eine bestimmte hohe
preussische Stelle geleitet worden ist, neben anderen,
vielleicht noch bei anderer Gelegenheit zu erörternden Aus-
sagen, schon in den ersten Monaten des Jahres 1895
bestimmte wurde, die höchsten Reichs- und Landesbehörden be-
zogen den Centralverband deutscher Industrieller, um Aus-
künfte über wirtschaftliche und industrielle Verhältnisse zu er-
langen, wie andererseits nur Mittelungen meistens ver-
traulich der Art durch ihn an die betreffende in Inter-
essen betreffende gelangen zu lassen.

Die betreffende hohe Stelle wurde weiter darauf hingewiesen,
daß bereits im Jahre 1894 zahlreiche Eingänge von der
Reichsamt, vom Auswärtigen Amt, vom Reichsamt des
Innen- und vom königlich preussischen Ministerium für Handel
und Gewerbe, bei dem Centralverbande zu verzeichnen ge-
wesen sind.

Diese Vergangenheit, so meint die „Leipziger Volkszeitung“ nicht mit
Unrecht, aber die noch viel mehr zu sagen ließe schon an und
für sich ein gewisses Recht an für die Thatsache, daß die
Suppliment der Organe des Großen v. Bismarck mit 12,000 M.
für wirtschaftliche Zwecke von dem Leiter des Centralverbandes
schon seit als „etwas eigentümlich“ empfunden werden konnte;
also auch hier besteht ein Mißverhältnis, für das die zweite Er-
klärung Bredt's keine Lösung habe. Das Verbandsglied der
Industriellen, die „Verl. M. Nachr.“, die, wie die „Leipziger Volks-
zeitung“ durch Abdruck eines vertraulichen Schreibens des
Directoriums des Centralverbandes vom April 1899 nachweist,
von drei in der Industrie stehenden Herren im Gesamt-
interesse der deutschen Industrie unter Aufhebung eines
„verhältnismäßig großen Kapitals“ und in dem Bewußt-
sein, daß für eine Reihe von Jahren noch erheblich weitere
Opfer gebracht werden müssen, angefaßt wurden, verfuhr
bereits, diesen Umstellungen der Charakter der „Verl. M. Nachr.“
ökonomisch und Verhältnismäßig ihrer zeitlichen Geltung. In einem langen
Artikel, der offen eingesteht, daß der Verband seine 25jährige
handelspolitische Erfahrung gern vorurteillos prüfen und
sorgsamem Regierung zur Verfügung stellt, sobald diese in voller
Weise geprüfte Regierung danach verlangt, kommt das Blatt
zu der Ansicht, daß, wenn diese Regierung an der Hand der
25jährigen Erfahrungsgewinnung des Centralverbandes zu Ent-
schlüssen gelangte, die sich mit den Ansichten eben des Verbandes
decken, man darin unmöglich ein Zeichen von moralischer Ab-
hängigkeit erblicken könne. Aber die „Verl. M. Nachr.“ umgeben
hier den Kern der Sache geschildert, nämlich die bedenkliche
Einseitigkeit in der Haltung der Regierung beliebigen Maß-
erhöhung, die ja auch schon, wie wir im heutigen Vorgesicht
dargestellt haben, von dem Agrarier empfunden wird, allerdings
denfalls nur als Auslöser ihrer zeitlichen Geltung. Und
wenn dazu noch solche „eigentümliche“ Verhältnisse wie die von
den 30 Kationen in der Presse aufwachsenden 12,000 M.
hinzu kommen, dann fällt es unendlich schwer, an die Objektivität
der betreffenden Faktoren, der Regierung wie des Central-
verbandes, zu glauben. Es bleibt eben — eigentümlich, sich
von jemandem Maß zu erholen, der in seinem Sinne einen
Rath ertheilt und dann obenhin noch Gelder dazu hergeben soll,
damit eine öffentliche Kation eingeleitet werden könne, um in
der öffentlichen Meinung Stimmung für ein Gesetz zu machen,
das den Standpunkt des Nachgebers, wie das beispielsweise in
der sogenannten „Buchhandlungsangelegenheit“ geschehen, ver-
steuert.“

Das es durch das nicht im Interesse uneres politischen Lebens
liegt, den Einfluß des reichen Centralverbandes deutscher
Industrieller unbedenklich stellen zu lassen, wird noch klarer,
wenn man sich vergegenwärtigt, wie das Geld des Ver-
bandes auch noch an anderen Stellen den Wünschen der Re-
gierung übermäßig zu sein könnte und dieser so nahe kommt, daß
es geradezu gefährlich ist, nachahmen zu müssen, wie viele und
gerne die Regierung sich durch die mächtigen Helfer be-
stärken läßt. Die „Verl. M. Nachr.“, welche Beziehungen
zur Regierung, insbesondere zu Herrn Miquel, unterhalten, be-
ziehen gleichzeitig eine Gebührenschrift von dem Centralverband
deutscher Industrieller. Die Angelegenheit kam bekanntlich im
Jahre 1897 im Landtag-Bericht in Berlin zur Sprache. Herr von
Zaunich hatte einen Journalisten Mittelungen gemacht über
die Summen, die der Herausgeber der „Verl. M. Nachr.“ Herr
Schweinhub, von dem Centralverband deutscher Industrieller
jährlich erhält. Schweinhub sagte damals zugunsten aus,
daß er jährlich 3000 Mark von dem Centralverband
deutscher Industrieller für 12 Exemplare der „Verl. M. Nachr.“
erhalte, daß ihm weiter der Centralverband deutscher Industrieller
für die gleichfalls von Schweinhub herausgegebene „Neue
Reichschronik“ jährlich 12,000 Mark zahle. Auch die „Neue
Reichschronik“ ist für offiziell. Die Frage, ob er mit einem
Minister in Verbindung stehe, lehnte Herr Schweinhub damals
ab, beantwortete aber die Beziehungen des Herrn Schweinhub
zum Centralverband deutscher Industrieller sich vielleicht eben
so oft wie seine Beziehungen zu Regierungskreisen. Wer sich
diese Thatsachen vergegenwärtigt, wird sich über die 12,000 Mark-
Affäre vielleicht nicht allzu sehr wundern.

Handelspolitische Annäherungen

in großem Maße vertritt die „Leipziger Volkszeitung“ in einem Ar-
tikel, der für die Aufhebung eines Doppelzolls eintritt und in
dem sie folgende Behauptung zum besten gibt:

„Zur Zeit Bismarck's, der die deutsche Handelspolitik nach
strenge nationalwirtschaftlichen Grundsätzen
leitete, konnte das System eines einseitigen Generalzolls Be-
denken nicht hervorrufen. Deutschland schloß damals ledig-
lich Handelsverträge mit anderen Staaten ab,
obwohl es in diese Verträge sich einlassen zu vermeiden,
so erhielt der autonome Generalzoll hinsichtlich den

Charakter eines Minimalzolls, unter dessen Schutze in keinem
Vertrage Heruntergegangen wurde und der durch Anwendung
der gesetzlich vorgezeichneten fünfjährige bzw. hundertprozentigen
Zuschläge gegebenenfalls zu einem Maximalzoll gegenüber
handelsunfählichen Staaten aufgestiegen werden konnte. Ganz
andere wurde die Sachlage, als an die Stelle der autonomen
Zollpolitik Bismarck's die Tarifvertragspolitik Caprioli's
trat. Graf Caprioli vereinbarte in den Einzelverträgen selbstig
mit unter der Generalzoll herabgehende Vertragszölle, zu
deren Korrektur im einzelnen der Reichstag verfassungsmäßig
sein Recht behielt. Der Reichstag konnte nur die Annahme
oder Ablehnung der Verträge im ganzen beschließen.“

Wenn das Organ des Bundes der Landwirtschaft und der Gewichte
der deutschen Handelspolitik auch nur das Bestehten wäre, würde
es nicht behaupten, daß zur Zeit des Fürsten Bismarck nur reine
Vollbegünstigungverträge mit anderen Staaten abgeschlossen
und seine Tarifkonzeptionen vereinbart wurden. Derartige Kon-
zeptionen sind sowohl vor als auch nach 1870 vom Fürsten
Bismarck sehr häufig gemacht worden. Von den zahlreichen
Beispielen, die wir vorführen könnten, erwähnen wir nur eins,
das gerade den Agrarier betraf. Im Jahre 1883
schloß Deutschland mit Spanien einen Handelsvertrag ab, durch
den es u. a. den Zoll auf Roggen Spanien gegenüber nach
und mehrere Tarifermäßigungen bewilligte. Als 1888 eine Er-
höhung des Roggenzolles stattfinden sollte, mußte man zunächst
Spanien zu bewegen suchen, auf die Bindung des Roggen-
zolls zu verzichten. Obwohl Spanien an dem Roggenzoll ein
sehr Interesse hatte, mußte der Vertrag auf die Bindung durch
Tarifermäßigungen auf spanische Produkte (Garan,
Silber, Johannisbrot, Süßholzwurzel, Olivenöl) ertauscht werden.
Der autonome Generalzoll hat zur Zeit Bismarck's niemals
den Charakter eines Minimalzolls gehabt, unter dessen Schutze
in keinem Verträge Heruntergegangen wurde. An den meisten
Verträgen, die zur Zeit des Fürsten Bismarck abgeschlossen
wurden, sind Tarifermäßigungen, alle Abweichungen von dem
Generalzoll, von deutscher Seite sowohl wie vom Auslande zu-
gekommen und eingetragenen worden. Wäre die Handels-
politik Bismarck's und derjenigen Caprioli's bestand ein
grundgesetzlicher Gegensatz in dieser Hinsicht nicht. Der Einfluß
des Reichstages auf die Handelsverträge ist zur Zeit Bismarck's
weber größer noch geringer gewesen als zur Zeit Caprioli's.
Das Organ des Bundes legt aber weiter als charakteristisch für
die Zeit Caprioli's:

„Dafür, daß die Entscheidung zu Gunsten der Annahme
selbst, lagte die in diesem Beispielen der einzelnen,
vorher noch schwachen Abgeordneten durch
Aufhebung aller Einkünfte der Regierung und aller persön-
lichen Beziehungen interressierter Kreise.“

Wer sich die Verhandlungen über den Zolltarif nach 1870 und
die Tarifnovellen von 1888 und 1897 noch erinnert, weiß, wie
es zur Zeit, da nach dem Wünderloste die deutsche Handels-
politik nach „strenge nationalwirtschaftlichen Grundsätzen“ ge-
leitet wurde, innerlich und äußerlich das Reichstages zuging,
und daß die damals beschlossenen Tarifermäßigungen kaum übertrifft
werden können. Im Jahre 1879 wird durch die „Einkünfte der
Regierung“ und durch die Einmischung der interessierten Kreise
leider sehr viele Abgeordnete in Widerspruch mit ihren früheren
Anschauungen getrieben; bei Verhandlung der Caprioli'schen
Handelsverträge ist von damaligen Beispielen nicht viel
bemerkenswert, es verdient aber doch wohl betont zu werden,
daß die in Caprioli'schen Abgeordneten meistens Partei ge-
nommen der „Leipziger Volkszeitung“ waren.

Politische.

„Ein fauberes Geschäftchen“ ludte dieser Tage ein
medienbürgerlicher Junker zu machen. Da ein Sitz im Landtage
der verfassungsmäßigen Obrigkeit von dem Besitze eines Stück
Landes abhängt, wandte sich der medienbürgerliche Nitterguts-
besitzer an die Redaktion des Völkischer sozialdemokratischen
Blattes mit folgenden Stellen:

„Sente war ich in Ströben und in Hofstadt, wo ich des
besten erfinden habe, daß die Sozialpartei in Ham-
burg existiert, genügt sich, ... zu kaufen, um
einen Landtagaktion für die Medienburg damit zu
erwerben. Es thut mir außerordentlich leid, daß ich nicht
bei meiner heutigen Unwissenheit in Hofstadt auf den Gedanken
gekommen bin, lieberhalt mit Ihnen in dieser Angelegenheit
Hilfsleistung genommen zu haben, und soweit werde ich mich
bemühen an Sie, ob Sie es nicht verzeihen, diesen Herren
in Hamburg den Vorstoß zu machen, daß ich gewillt bin,
falls dieselben geneigt sein sollten, denselben ... unter der
Sand zu verkaufen, was aber dann recht bald zu sich geben
würde. Es würden somit die Rollen des weiteren Reichstages
gekauft und könnten dann an Landtagaktion
nachdem es ausüben. Sollte Sie, herrlicher Herr,
in dieser Sache wirklich etwas beitragen können, so bin ich gern
bereit, Sie für Ihre Müheleistung zu entschädigen, und nicht
Ihrer gebieten umgebenen Bedenkenlosigkeit freundlich ent-
gegen als Civ. Wohlgeborenen gebrauchter ...

Nun ok! Um ein Geschäft zu machen, steigt der Herr Nitterguts-
besitzer gern bereit zu dem unterirdischen Gewinnen, zu dessen
Bemühung er sonst alle Hebel in Bewegung zu setzen sucht.
Ein ungeschickliches Dokument agrarischer Gesinnungsüber-
zeugung!

„Es ist leicht die Rede davon, daß der neue Zolltarif-
entwurf nicht vor dem Monat Februar an den Bundesrat
gelangen wird. Dazu macht der Abgeordnete Dr. Brodowich in
der neuesten Nummer der „Nation“ folgende Bemerkungen:

„Es ist schon der Bundesrat sich dazu aussprechen wird, dieses
Bredt vor Grund zu ändern, noch zweifelhaft erscheint.
Daß der Reichstag sich in der vorerwähnten Vollversammlung
in der kommenden Session oder nicht durchgehen wird, halte ich
für gewiß. Die Agrarier werden zwar sehr ungeduldig sein,
ihren Zolltarif unter Dach und Fach zu bringen, und ganz auf
jede eingehende Prüfung verzichten, aber die Freunde eines
aufrichtigen Handelsvertragspolitik sind verpflichtet, die ein-



HAMBURGER ENGROS-LAGER

Halle a. Saale.

Leopold Nussbaum.

6. Kleinschmieden 6.

Abtheilung Posamenten.

Besätze, schwarz und farbig, in grosser Auswahl.
Passenstoffe in Baumwolle, Seide und Chiffon.
Zwischensätze zum Banddurchzug.
Flittertüle und Borden in allen Preislagen vorrätig.
Gürtelschlösser, Goldgürtel, Stoffgürtel,
Jabots, Schleifen, Halsbänder
 in grosser Auswahl vorrätig.

Letzte
Neuheit.

Goldbesätze, Goldborden, Goldtressen,
 schwarze und farbige **Mohairtressen.**
Neue Garnituren für Aermel.
Boas in Chiffon und Seide,

Letzte
Neuheit.

Abtheilung Handarbeiten.

Deckenstoffe in Wolle und Baumwolle
 das Meter von 90 Pf. bis 7 Mk. in überraschend grosser Auswahl
Aufgezeichnete Fries-Schlafdecken
 200 cm lang, 130 cm breit, von Mk. 12 an.
Docht-Wolle für Schlafdecken
 10 drühtig in allen Farben vorrätig.
Fensterbeläge, Ofenschirme, Läufer, Kissen in Seide
 und Plüsch, Brieftaschen, Cigarrenetuis etc.
 in allen Preislagen, stets grosse Auswahl.

Smyrna-Knüpfarbeiten

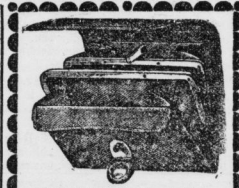
als: **Läufer, Stuhlborden, Teppiche, Kissen,**
Ofenbänke in grosser Auswahl vorrätig.

Unterricht gratis.



Beinkranke

heilt schmerzlos, ohne Operation, ohne Berufsstörung
Dr. med. Strahl
 aus Berlin-Hamburg,
Specialarzt für Beinkranke,
 in **Halle, Grosse Steinstrasse 31a.**
 Sprechstunden Montags und Freitags
 von 10-5 Uhr.
 Vertreter: **Albin Schumann.**



Sind Sie schon oft mit
 Portemonnaies verunglückt?
 Dieht es nicht,
 oder verloren Sie Geld daraus?
 Dann kaufen Sie
 ein gewaltiges Portemonnaie
 im Preise von 1 1/2, 2, 2 1/2,
 3-4 Mk. bei

Klooss & Bothfeld
 und Sie werden zufrieden sein.

A. Wegrich, Zuckbambura-
 Str. 2, dicht am Rembrandt 5,
 hält Samstags sein Geschäft von
 1/29-1/210 u. von 1/212-1 Uhr geöffnet.

Verkaufsstelle
 der allseitig beliebten und ganz
 vorzüglichen



Max Richter,
 Leipzig,
 Königlicher Hoflieferant,
 stets frisch und in Original-
 Packung bei **A. Krantz Nachf.,**
 Gr. Steinstr. 11. Fernspr. 2064.

Zur gefl. Beachtung und Befolgung!

Es giebt noch immer Leute, welche glauben, daß man gutes Schuhwerk um die Hälfte des bereits so gedrückten Preises herstellen kann. Man versucht noch einmal mit billigerer Waare, um immer wieder zu der Ueberzeugung zu gelangen,

daß das billige Schuhwerk infolge seiner Unsolidität im Bau und Material **thatsächlich das theuerste ist.**

Man muß sich stets vergegenwärtigen, daß die Stiefel zum Gehen verwendet werden sollen und daher mehr strapazirt werden, als jeder andere Bedarfsartikel. Damit nun dieses Kleidungsstück lange gebrauchsfähig bleibt, ist es unbedingt notwendig, daß sowohl Arbeit und Material dauerhaft sein müssen. Wenn an meinem Schuhwerk an Arbeit und Material gespart werden würde, dann wäre auch ich im Stande, meine Stiefel halb umsonst zu verkaufen, aber damit würde ich meinen verehrten Kunden nur einen schlechten Dienst erweisen. Darum ziehe ich es vor, mein Schuhwerk nicht als Quantitäts-, sondern als **Qualitäts-Waare** anfertigen zu lassen.



Goodyear
Welt-Schuhwaarenhaus
Leopold Sternberg,



Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 9, part. u. 1. Etage. Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 9, part. u. 1. Etage.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 3 Beilagern.